

# Aktuelle Nachrichten zum Versorgungsausgleich

## Wahlfahrplan...

01.10.2016 20:30 von Team Versorgungsausgleich für Soldaten, Polizisten & andere (Kommentare: 4)


## „Was Politiker so zum Thema „Versorgungsausgleich-Besondere Altersgrenze“ denken und sagen.“

Über schon einen ganzen Zeitraum hinweg haben Aktivisten des Netzwerks „Versorgungsausgleich Soldaten und Berufsgruppen mit besonderer Altersgrenze“ Politiker im deutschen Bundestag zur Thematik befragt und die Positionen eingeholt. In den Bildkästchen stehen nur die **wichtigsten Statements** drin:

- 


**Ingo Gädechens, CDU, am 07.09.2016 im Deutschen Bundestag bei der Debatte zum EPAR:**  
Die Mitglieder meiner Fraktion, die Mitglieder der CDU/CSU kämpfen dafür, dass die Arbeit und das Wirken unserer Soldatinnen und Soldaten noch mehr Anerkennung in unserer Gesellschaft erhält. Der Beruf des Soldaten ist kein Beruf wie jeder andere. Sie stehen mit Leib und Leben für Frieden und Sicherheit ein und verdienen für ihren Dienst unserer aller Respekt und Hochachtung, meine Damen und Herren.

Ingo Gädechens am 7.9.2016

- 


**Ingo Gädechens, CDU, am 12.05.2016 auf Abgeordnetenwatch.de:**  
Zu dieser sehr komplexen Aufgabe hat France die Sparten der Arbeitsgruppe Verteidigung (ArweV). Mit DSt am 02.05.2016 auf Anfrage auf e-Mail, da die Frage nicht auf Abgeordnetenwatch.de beantwortet werden sollte) bereits ein ausführliches Antwortschreiben zusammen lassen, das die Position der CDU/CSU bzw. des Bundesministers der Verteidigung wiedergibt. Ich bin froh, dass zu diesem Themengleich es mir auf Bild gleich Lesende Antwort geben.

Ingo Gädechens am 12.5.2016

- 


**Henning Otte, CDU, am 04.05.2016 in einer Mail an einen Leihgeber:**  
Auf Abgeordnetenwatch.de wollte er die Frage nicht öffentlich beantworten, da sie zu komplex ist.  
Seine Antwort hat sich nicht zu der Möglichkeit einer Versorgungsausgleich erstreckt, um festzustellen, ob die zu erwartenden Versorgungsbeiträge für die künftige Lebensplanung und eventuell noch zu tragende finanzielle Verpflichtungen ausreichen. Der Versorgungsempfänger kann dabei nicht davon ausgehen, dass sich die Rechtslage nachträglich zu seinen Gunsten ändern wird.

Henning Otte am 4.5.2016

- 

**Thomas Hiltcher, SPD, am 02.03.2016 auf Abgeordnetenwatch.de:**  
Wenige Maßnahmen können der Wegfall der Hinzuerlöste Beamtinnen und Beamten mit besonderer Altersgrenze, die der Personalsituation durch den Versorgungsausgleich auf Befristungsgrenze der Bundesbeamten, sowie das Wahlrecht Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung sein.

Thomas Hiltcher am 2.3.2016

- 

**Dr. Fritz Felgentreu, SPD, am 19.02.2016 auf Abgeordnetenwatch.de:**  
Wir haben es gerne gesehen, dass die Soldatinnen und Soldaten des Berufungszeitraums und des Personalpassausgleichs ausgeschlossen sind, in den Versorgungsausgleich integriert in Hinzuerlösegrenze erfüllt. Das konnte bisher leider nicht werden. Doch nach wie vor setzt sich die SPD-Fraktion dafür ein Sie und ihre Kameraden zu einer fairen Lösung kommen.

Dr. Fritz Felgentreu am 19.2.2016

- 

**Hellmut Königshaus, Ehem. Wehrbeauftragter des Bundestages in öffentlicher Anhörung am 23.02.2015:**  
Und das ist eigentlich nicht fair, was sagen nachträglich die Spitzregeln zu ändern und dem Einzelnen zu sagen: „Haltst du Dich nicht damit einverstanden... hastest Du eine erheblich bessere Situation... gehabt!“

Hellmut Königshaus am 23.2.2015



Paul Lehrieder, CSU am 26.08.2014 auf Abgeordnetenwatch.de  
„denn dann muss über Versorgungsfragen“ für den Zeitraum zwischen dem Erreichen vorgegebener Altersgrenze und dem Erreichen der regulären Übergangszeit an den Ausnahmefälligkeiten nur noch Leistungen erbringen, die der Hälfte des Dienstalters des Ansehens entsprechen, während der Ausgleichsleistungen für diesen Zeitraum aus dem übertragenen Ansehn keine Restleistungen fordern kann. Hierdurch entsteht für den Versorgungsführer allerdings kein ungünstigerer Vorteil. Die Einführung einer vorgezogenen Altersgrenze ist mit erheblichem Mehraufwand verbunden, der nicht durch die Allgemeinheit zu tragen ist.“

Paul Lehrieder am 26,8.2014

## **Deutlich wird eines: Position der CDU/CSU, aus dem Innenministerium gesteuert, ist:**

„Lasst es so wie es ist und zockt weiter Polizisten, Soldaten und Feuerwehrleute ab!“ Klar, die Handhabung des Versorgungsausgleichs „der ja insgesamt kostenneutral“ sei, spült jährlich Millionen in die Staatskassen. **Und da will man sich die schwarze Null nicht versauen lassen.**

Dass dann bei gleichzeitiger Anwendung von Hinzuverdienstgrenzen Betroffene ziemlich an die Wand gefahren werden, scheint die „Christlichen“ nicht wirklich zu interessieren. Noch schlimmer: Die Regelungen sind ja so kompliziert, dass die jeweiligen Politiker sie offensichtlich selbst nicht verstehen. So meint Herr Lehrieder von der CSU, der Versorgungsausgleichsabbzug sei wichtig, um die vorzeitige Zuruhesetzung von Polizeibeamten mit zu finanzieren. Was will man auch von einer Partei erwarten, die z.B. mit der „Ausländermaut“ punkten will.

Und Herr Otte, CDU, lehnt die Gleichstellung von „Struktursoldaten“ mit normalen Zuruhesetzungen ab: „Sie seien ja freiwillig gegangen und hätten vorher fragen können, was das für sie bedeutet!“ Dass bis zum 01.Juni 2015 auch der regulär pensionierte Berufssoldat die gleiche Antwort bekommen hätte, interessiert ihn nicht.

## **Da hilft nur eins: Abwählen! Und: Klagen!**

Die ersten Klagen werden schon vorbereitet. Auch der Deutsche Bundeswehrverband bereitet einen Musterprozess vor. Man wartet nur noch die Begründung der im Petitionsausschuss am 07. September abgelehnten Petition ab. Und renommierte Rechtsanwälte, die bislang eingeschaltet wurden, finden das Thema unheimlich spannend...

Anders der ehemalige Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Hellmut Königshaus: Der verfolgte über Jahre hinweg die Klagen betroffener ehemaliger Berufssoldaten und sorgte hinter den Kulissen im Jahr 2015 erheblich mit, Gerechtigkeit für einen großen Teil der betroffenen Soldaten zu schaffen. Letztlich kritisierte er die Benachteiligung von Struktursoldaten und nannte das Ding beim Namen: „Unfair!“

## **Die SPD setzt sich mittlerweile aktiv mit dem Thema auseinander:**

Man denkt konstruktiv über Lösungen nach, den „gordischen Knoten“ der „komplizierten Regelungen“ zu zerschlagen. Dort hat man begriffen, dass die bisherigen Regelungen in die falsche Richtung laufen. So thematisiert der SPD Abgeordnete Hitschler offen die Abschaffung von Hinzuverdienstgrenzen.

## **Was bleibt zu tun?**

**Bleibt mit uns weiter am Ball und schreibt Politiker öffentlich an**, z.B. auf [abgeordnetenwatch.de](http://abgeordnetenwatch.de). Es rückt langsam auf die Wahl in 2017 zu und gerade die „Christlichen“ müssen sich jetzt genau überlegen, was sie angesichts voller Staatskassen sagen.

Euer Team Versorgungsausgleich  
Soldaten und Berufsgruppen mit Besonderer Altersgrenze

## **Einen Kommentar schreiben**

Kommentar von Johann Rowold | 05.10.2016

Seit Juli 1986 bis zum heutigen Monat oktober 2016 sind von meinen Versorgungsbezügen ca180 00.00 Euro einbehalten worden.

( - ein schönes Einfamilienhaus )

als Dank für treues Dienen !!

Kommentar von Harro Börst | 04.10.2016

Auch ich habe mich schon mehrfach zum Versorgungsausgleich geäußert und auch einen erfolglosen Briefwechsel mit meiner Versorgungsstelle in Stuttgart geführt.

Mir geht es darum, dass bei geschiedenen Soldaten/Pensionären, deren Ex-Ehepartner verstorben ist (wie bei mir) der Versorgungsausgleich eingestellt wird. Denn für wen wird denn noch monatlich bis ans eigene Lebensende gezahlt? Der/die Zahlungsempfänger/-rin existiert doch garnicht mehr. Das sieht doch wirklich wie ein Bußgeld für eine gescheiterte Ehe aus.

Belohnt der Staat so treues Dienen?

Kommentar von Michael Felchner | 03.10.2016

Habe noch vergessen zu erwähnen, dass alle Klagen vor Gerichten keinen Erfolg haben werden. Hier kann einzig und allein der Gesetzgeber etwas ändern !

Kommentar von Michael Felchner | 03.10.2016

Ich habe es schon mehrfach bei H`Rheinland-Pfalz-Politikern versucht ! Alle staunen und kennen das mit dem Versorgungsausgleich angeblich nicht ! Das wars aber auch schon.

Warum macht man es nicht analog des Unterhalts ? Wenn der oder die Bezugsberechtigte wieder heiratet, entfällt der Versorgungsausgleich. Die derzeitige Ungerechtigkeit muss ein Ende haben. Aber lieber Abzocke betreiben. Dafür hat man dann jahrzehntelang seinen Kopf für dieses Land higehalten !